



Liebe Leser*innen,

das *MediNetz Bielefeld* ist Mitunterzeichner eines im August diesen Jahres erschienenen Arbeitspapiers der Bundesarbeitsgruppe Gesundheit/Illegalität (BAG) zum Thema *Notfallhilfe im Krankenhaus für Menschen ohne Papiere – Aktuelle Herausforderungen und Lösungsansätze*. Diese 20-seitige Broschüre ist über das Internet zugänglich und auch als Druckausgabe erhältlich (<https://www.diakonie.de/broschueren>

([/gesundheitsversorgung-fuer-menschen-ohne-papiere](https://www.diakonie.de/broschueren/gesundheitsversorgung-fuer-menschen-ohne-papiere)). In dem Papier geht es insbesondere darum, auf zwei Herausforderungen aufmerksam zu machen: zum einen auf mögliche Gefährdungen des Aufenthalts der betroffenen Personen in Deutschland, zum anderen auf die Fragen der Kostenübernahme für erforderlich werdende stationäre Behandlungen. Da die Zugangsprobleme für Menschen ohne Papiere zur Gesundheitsversorgung hier in Deutschland systembedingt und nicht einzelfallgebunden sind, und zudem jeder fatal verlaufende Einzelfall einer zu viel ist, gehen wir von einem besonderen Informationsbedarf zu diesem Thema aus. Wir wollen die wichtigsten Informationen in diesem Infobrief zusammenfassen.

Im Rückblick auf das Jahr 2019 danken wir herzlich für alle Unterstützung und hoffen auf eine weitere gute Zusammenarbeit!

Ein Weihnachtsfest des Friedens und ein Jahr der Gerechtigkeit 2020 wünscht Ihnen

das MediNetz-Team.

Ungeklärt ist die medizinische Versorgung von

- »» Menschen ohne Papiere
- »» Menschen im Kirchenasyl
- »» Menschen in Abschiebehaft
- »» Menschen mit Anspruch nach Asylbewerberleistungsgesetz ohne ausreichende oder bewilligte medizinische Versorgung durch das Sozialamt
- »» Menschen aus EU-Mitgliedsstaaten ohne Krankenversicherungsschutz in Deutschland
- »» Menschen mit Visum ohne Krankenversicherungsschutz in Deutschland
- »» Menschen mit EU-Aufenthaltstitel ohne Krankenversicherungsschutz in Deutschland
- »» Menschen mit aufenthaltsrechtlich benötigten ärztlichen Stellungnahmen

Clearingstelle in Bielefeld:

Seit zwei Jahren setzt sich das MediNetz zusammen mit vielen anderen Einrichtungen für eine Anlaufstelle ein, bei der Migrant*innen und Geflüchtete Fragen zu ungeklärtem Krankenversicherungsschutz stellen und Vermittlung zu medizinischer Versorgung erhalten können. Im Juli 2019 hat der Rat Bielefeld einstimmig eine solche Clearingstelle für drei Jahre bewilligt. Diese ist nun in Vorbereitung und wird für viele Betroffene, aber auch für Mitarbeiter*innen anderer Beratungsstellen wichtige Informationen und Hilfestellung anbieten. Unser Partner und Projektträger für Aufbau und Realisierung der einzurichtenden Clearingstelle ist Bethel regional. Der angestrebte Projektstart liegt im ersten Quartal 2020.

Zwei Fallbeispiele: Notfallhilfe im Krankenhaus

1. Ein Mann zieht sich eine schwere Verletzung an der Hand zu. Eine ambulante Behandlung reicht nicht aus. Doch der Mann hat so große Angst, seinen Aufenthalt zu gefährden, dass er sich nicht ins Krankenhaus traut. Erst als er die Hand zu verlieren droht, erfolgt eine notfallmäßige Aufnahme und Operation im Krankenhaus. Theoretisch wäre der von der Bundesregierung für solche Fälle geschaffene "Nothelferparagraph" und damit das Sozialamt zuständig, doch scheitert die Kostenübernahme an den hohen Hürden und fehlenden Absprachen aller beteiligten Einrichtungen.
2. Eine Frau ist schwanger und – wie in vielen Ländern der Welt üblich – religiös mit ihrem Mann verheiratet. Die deutschen Behörden erkennen die Ehe nicht an und verteilen die Frau alleine in ein anderes Bundesland um. Da die Frau nicht ohne ihren Mann leben und die Schwangerschaft nicht alleine bewältigen kann und will, reist sie zu ihm und verliert damit alle ihre Bezüge und Ansprüche. Damit ist ihre gesamte medizinische Schwangerschaftsbetreuung ebenso ungeklärt wie die Geburt und deren Kostenübernahme.

In beiden Fällen vermittelt das MediNetz medizinische Hilfe und Absprachen, auch für die Kostenübernahme. Zugleich wären für beide Betroffene existenzielle Ängste und der dadurch entstandene zusätzliche Stress vermeidbar gewesen, wenn ein ungehinderter Zugang zu medizinischer Versorgung für alle von der Regierung wirksam umgesetzt wäre. Dies fordern wir weiterhin mit Nachdruck!

Notfallhilfe im Krankenhaus

Die wichtigste Botschaft zur Notfallhilfe ist: **Die Behandlung von Menschen ohne Papiere ist nicht strafbar!** Die Sorge vor einer Gefährdung des Aufenthaltes oder vor hohen Kosten kann bei den Betroffenen bereits im Vorfeld so hoch sein, dass gelegentlich auch in lebensbedrohlichen Situationen der Weg in die Krankenhausambulanz nicht beschriftet wird. Für beide Sorgen gibt es Lösungen, die allerdings entweder wenig bekannt oder aber praktisch schwer umsetzbar sind: **(1) Der „verlängerte Geheimnisschutz“ als Schutz vor einer Gefährdung des Aufenthaltes:** Es ist gesetzlich festgelegt, dass sich die ärztliche Schweigepflicht bei der Behandlung von Menschen ohne Papiere auch auf das damit befasste Verwaltungspersonal – sowohl im Krankenhaus als in den Sozialbehörden – bezieht. Der Geheimnisschutz von Patient*innen „verlängert“ sich damit bis in die Behörden. Der Aufenthaltsstatus darf in keinem Fall an die Ausländerbehörden weitergeleitet werden. In der Broschüre wird jedoch festgestellt, dass in vielen Fällen Unkenntnis über diese Regelung besteht, sodass sich Menschen ohne Papiere nicht darauf verlassen können und ihre Sorge bestehen bleibt. **(2) Die Kostenübernahme von Notfallbehandlungen durch das Sozialamt:** Die Krankenhäuser haben rechtlich einen Anspruch auf Kostenerstattung gegenüber dem zuständigen Sozialamt. Dafür muss die behandelte Person ihre Bedürftigkeit nachweisen (was ohne Papiere, Meldung, Mietvertrag etc. schwer möglich ist) und sich zudem ein Sozialamt für zuständig erklären (was wiederum ohne Meldung kaum durchzusetzen ist). Faktisch bleiben die Krankenhäuser oder die Patient*innen auf den Kosten sitzen. Bis hierfür praktikable Lösungen gefunden werden, sind wir für die Beschäftigten in Krankenhausambulanz als *MediNetz*-Team gern Ansprechpartner für eventuelle Lösungsansätze im Einzelfall.

Über unsere Arbeit

Leider schließt unser Gesundheitssystem Menschen aus, illegalisiert manche Geflüchtete, ignoriert „Papierlose“. Mehr Menschen als wir denken leben ohne Krankenversicherungsschutz und haben keinen normalen Zugang zum Gesundheitssystem.

Es gibt kranke Menschen, die ohne unsere Vermittlung und ohne die Hilfe – der oft unentgeltlich arbeitenden – Ärzt*innen und medizinischen Dienstleister unversorgt blieben. Telefonisch nehmen wir ihre Anfragen entgegen und vermitteln ärztliche Termine. Dazu arbeiten wir mit Ärzt*innen, Praxen, Krankenhäusern, Apotheken, Privatpersonen und weiteren Akteur*innen zusammen.

So gibt es bspw. langfristige, gute Kontakte mit dem Ökumenischen Netzwerk zum Schutz von Flüchtlingen Bielefeld (Kirchenasyl), mit dem Sozialpfarramt, mit Streetmed (einer medizinischen Anlaufstelle von Bethel für Obdachlose) und zahlreichen anderen sozialen Einrichtungen. Anfallende Kosten finanzieren wir über Spenden.

Darüber hinaus engagieren wir uns lokalpolitisch und setzen uns beispielsweise für die frühzeitige Einführung einer Krankenversicherungskarte für Geflüchtete ein. Auch auf bundesweiter Ebene bestehen aktive Netzwerkstrukturen, in zahlreichen großen Städten sind ähnliche MediBüros oder MediNetze vertreten. Mit ihnen stehen wir in engem Kontakt und Austausch. Gemeinsame Ziele sind ein ungehinderter Zugang zu bedarfsgerechter medizinischer Versorgung für alle Menschen.

Unsere **Spendenkontodaten** lauten:

AK Asyl e.V.

Stichwort: „Medi-Hilfe“

IBAN: DE 96430609674037753100

BIC: GENODEM1GLS

GLS Gemeinschaftsbank eG

MediNetz Bielefeld



Medizinische Flüchtlingshilfe für
Menschen ohne Krankenversicherungsschutz

MediNetz
Bielefeld

c/o AK Asyl.e.V.
Friedenstr. 4-8
33602 Bielefeld

Tel.
0521-546515-11

Fax
0521-546515-99

e-Mail
info@medinetz-bielefeld.de